

Gespräch brachte kein konkretes Ergebnis

Phantasialand-Erweiterung: Regionalratsfraktionen und Regierungspräsidentin redeten mit Minister

Von WOLFGANG KIRFEL

BRÜHL/DÜSSELDORF. Ohne Ergebnis ist am Dienstagabend ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden im Regionalrat Köln und der Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken mit Umweltminister Johannes Remmel in Bezug auf die Phantasialand-Erweiterung zu Ende gegangen.

Die Fraktionen müssen nun beraten, ob in der Sitzung am 14. Oktober der Beschlussvorschlag, der für eine Erweiterung die von der Bezirksregie-

rung Köln favorisierte „Westalternative D“ vorsieht, als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen wird.

Die von der Bezirksregierung vorgeschlagene Westalternative D sieht eine Ausdehnung des Freizeitparks um knapp vier Hektar im Osten und um gut 24 Hektar im Westen vor. Dabei soll zunächst die Fläche im Osten sowie das Naturschutzgebiet Ententeich genutzt werden. In einem zweiten Schritt soll dann der Bereich westlich der L 194 überplant werden. Ursprünglich

sollte diese Variante schon bei der Sitzung des Regionalrats im Juli als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen werden. Doch in letzter Minute wurde die Entscheidung vertagt und ein Gespräch mit dem Umweltminister anberaumt. Der hatte zuvor mehrfach erklärt, dass für die Erweiterung kein Staatswald verkauft wird. Das ist aber in der Westalternative D so vorgesehen.

„Bei dem Gesprächstermin am Dienstag in Düsseldorf wurden die unterschiedlichen Positionen noch einmal ausge-

tauscht“, erklärte der Pressesprecher des Umweltministeriums, Frank Seidlitz. Zu den weiteren Inhalten wollte er aber nichts sagen.

Nicht zufrieden mit dem Ergebnis

„Wir können nicht zufrieden sein, weil wir kein Ergebnis haben“, sagte Rudolf Finke (FDP). Man sei nach Düsseldorf gefahren, um an der Haltung des Umweltministeriums

etwas zu ändern. Das ist aber wohl nicht gelungen. Die Regionalratsfraktionen, der Vorsitzende des Gremiums, Rainer Deppe, und die Regierungspräsidentin müssten nun erörtern, „wie man weiterkommen kann“. Eins ist für Finke aber sicher: „Es wird nicht so schnell weitergehen wie geplant.“ Ziel der Fraktionen sei es, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Hajo Hoffmann (SPD) erklärte: „Die Fraktionen müssen nun beraten, wie die Vorlage für den 14. Oktober ausse-

hen wird.“ Sollte an dem Tag eine Erweiterungsvariante beschlossen werden, können im Rahmen der Offenlegung Anregungen und Bedenken geäußert werden. „Das wird ein entscheidender Punkt in dem Verfahren“, meint Hoffmann. Dabei könne es durchaus noch zu Änderungen in der Planung kommen.

„Danach wird es einen Beschluss des Regionalrats geben, zu dem sich dann die Landesplanungsbehörde innerhalb von drei Monaten äußern kann“, erläuterte Hoffmann.